NIEDERSCHRIFT Rat/012/2011

über die Sitzung **des Rates der Stadt Billerbeck** am 01.03.2011 im **Sitzungssaal des Rathauses**.

Vorsitzende:

Frau Marion Dirks

Ratsmitglieder:

Herr Karl-Heinz Brockamp
Herr Hans-Joachim Dübbel-
de
Herr Bernhard Faltmann
Herr Günther Fehmer
Herr Florian Heuermann
Herr Ludger Kleideiter
Herr Bernhard Kortmann
Herr Bernd Kösters
Herr Dr. Wolfgang Meyring
Frau Brigitte Mollenhauer
Herr Thomas Schulze Tem-
ming
Herr Werner Wiesmann
Herr Franz Becks
Frau Sarah Bosse-Berger
Herr Jürgen Brunn
Herr Hans-Jürgen Dittrich
Frau Margarete Köhler
Herr Hans-Joachim Spengler
Herr Thomas Tauber
Herr Ralf Flüchter
Frau Maggie Rawe
Herr Ulrich Schlieker
Herr Dr. Rolf Sommer
Herr Helmut Knüwer
Herr Hubert Maas
Herr Helmut Geuking

Von der Verwaltung:

Herr Rainer Hein
Herr Peter Melzner
Herr Hubertus Messing
Herr Gerd Mollenhauer
Frau Birgit Freickmann Schriftführerin

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:55 Uhr

Frau Dirks stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. Bericht der Verwaltung über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Herr Messing berichtet über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse. Der Bericht wird ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

2. Schulsozialarbeit
hier: Rahmenkonzept für die Fachstelle Schulsozialarbeit Billerbeck

Frau Rawe erklärt sich für befangen. Sie begibt sich in den Zuschauerraum und nimmt an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Herr Schlieker möchte eine getrennte Abstimmung über die Schulsozialarbeiterstelle und den Kooperationsvertrag.

Herr Fehmer bringt seine Enttäuschung über die Vorgehensweise der Verwaltung zum Ausdruck. Er sei bisher davon ausgegangen, dass im Zusammenhang mit der neuen Schulform ein breiter Konsens bestehe. Die Einrichtung einer Schulsozialarbeiterstelle sei zum ersten Mal bei der Informationsveranstaltung in der Realschule thematisiert worden. Die Politik habe sich schnell überzeugen lassen, dass die Schulsozialarbeit das richtige Konzept sei. Dabei seien sie aber von 1 Stelle ausgegangen und deshalb sehr überrascht gewesen, als in der Sitzungsvorlage 1,5 Stellen vorgeschlagen wurden, ohne dass vorab entsprechende Informationen geflossen seien oder zu wissen, wie viel Stellen aufgrund der Größe der Schule überhaupt notwendig sind. Man müsse aufgrund der prekären Finanzlage um jeden Cent kämpfen. Dass allen die neue Schule wichtig sei, sei unbestritten. Geärgert habe er sich aber über die Verfahrensweise der Verwaltung. Er glaube, dass es richtig sei, mit 1,0 Stelle zu beginnen.

Frau Dirks stellt richtig, dass nie von einem Stellenumfang von 1,0 die Rede gewesen sei. In den Sitzungen der pädagogischen Arbeitsgruppe sei immer nur von Ressourcen, die die Stadt zur Verfügung stelle, gesprochen worden. Bei der Informationsveranstaltung in der Realschule habe sie dann von einer Fachstelle Schulsozialarbeit gesprochen, damit sei aber nicht der Stellenumfang gemeint gewesen. Außerdem seien bereits in der Liste der freiwilligen Aufgaben, die im Rahmen der HFA-Beratung über die Hebesatzsatzung im November 2010 vorgelegt wurde Personalkosten für 1,5 Stellen ausgewiesen. Damals sei allerdings noch

nicht klar gewesen, wie sich die Haushaltssituation entwickle. 1,5 Stellen seien gewollt, weil auch die Grundschule in die Schulsozialarbeit einbezogen werden soll.

Herr Tauber erinnert an den Ende letzten Jahres eingebrachten SPD-Antrag zur Schaffung einer Sozialarbeiterstelle an der „Schule für alle“. Damals sei der Antrag zurückgezogen worden, weil ein Konsens für die Schulsozialarbeit parteiübergreifend bestanden habe. Er sei auch darüber verärgert gewesen, dass die Verwaltung im Alleingang ohne Absprache jetzt bereits ein Konzept vorlege. Den Vorschlag von Herrn Schlieker, getrennt abzustimmen, befürworte er.
Er werde sich bei der Stimmabgabe enthalten, wobei er nicht die Arbeit des Vereins Kinder-, Jugend-, und Familienhilfe schmälern wolle. Bzgl. des Kooperationsvertrages gebe es aber noch Beratungsbedarf, z. B. müsse erläutert werden, was 1 Stelle bedeute und wie hoch die Personalkosten genau sind.

Her Schlieker legt dar, dass seine Fraktion ebenfalls über die vorgeschlagenen 1,5 Stellen verwundert gewesen sei, allerdings im positiven Sinne. Sie hätten sich gewünscht, dass der Schulausschuss dem Vorschlag gefolgt wäre, da sie die Vernetzung mit der Grundschule für wichtig halten. Die Schulsozialarbeit sei ein wichtiger Faktor des Konzeptes.

Herr Dittrich stellt ebenfalls noch einmal die Wichtigkeit der Schulsozialarbeit heraus. Er wolle die bestmögliche Lösung für die neue Schule und die sei mit 1,0 Stelle nicht realisierbar. Deshalb beantrage er, abweichend vom Beschlussvorschlag des Schulausschusses, 1,5 Stellen zu realisieren. Auch wenn es im Hinblick auf die Haushaltssituation schwer falle, sollte man sich gemeinsam hierzu durchringen.

Frau Mollenhauer bekräftigt ebenfalls, dass die Schulsozialarbeit wichtig ist und geleistet werden müsse. Nur habe man bisher auf diesem Gebiet noch keine Erfahrungen gemacht. Deshalb und wegen der knappen Finanzmittel plädiere sie dafür, mit 1,0 Stelle anzufangen. Dann könne die Stelle ggf. aufgrund der gemachten Erfahrungen immer noch aufgestockt werden.

Herr Maas spricht sich für 1,0 Stelle Schulsozialarbeit aus. So könnten zunächst Erfahrungen gesammelt werden. Mit der Entwicklung der neuen Schule könnte dann über eine Aufstockung nachgedacht werden. Gut finde er, dass die Schulsozialarbeit auch an der Grundschule etabliert werden soll.

Frau Bosse-Berger wirft ein, dass gerade weil die Grundschule in die Schulsozialarbeit eingebunden werden soll 1 Stelle nicht ausreiche. Außerdem müsse der/die Stelleninhaber/in Wegestrecken zwischen den verschiedenen Schulstandorten zurücklegen und Schüler verschiedenen Alters betreuen. Das sei mit 1 Stelle nicht zu leisten. Sie plädiere auch deshalb für 1,5 Stellen, weil man hier die Chance habe, an Problemen zu arbeiten, die einen später einholen werden. Dinge, die bei Kindern und Jugendlichen versäumt werden, kämen nachher doppelt teuer zu stehen.

Frau Köhler führt an, dass die Grundschule bei der Schulsozialarbeit bisher überhaupt nicht zur Debatte gestanden habe. Sie halte es für sinnvoll, 0,5 Stelle für die Grundschule zusätzlich vorzusehen. Sie könne sich nicht vorstellen, dass die Arbeit mit 1,0 Stelle zu leisten ist.

Auf weitere Nachfrage von Herrn Tauber zu den Personalkosten teilt Herr Messing mit, dass sich 1,5 Stellen mit 60.000,-- € bis 70.000,-- € auswirken werden.

Herr Geuking meint, dass Schulsozialarbeit nichts Neues sei und deshalb auch keine Erfahrungswerte gesammelt werden müssten. Den sozialpädagogischen Ansatz sehe er aufgrund hoher Arbeitsverdichtung mit 1,0 Stelle als massiv gefährdet an. Deshalb plädiere er für 1,5 Stellen.

Herr Brockamp macht deutlich, dass ihm sogar 2 Stellen am liebsten wären. Aber das Rahmenkonzept sei noch nicht einmal fertig, deshalb könne man sich doch Zeit lassen und mit 1 Stelle beginnen. Er halte es für besser, lieber wenig und langsam aufzubauen. Wenn man in die Haushaltssicherung gerate, könnten überhaupt keine freiwilligen Aufgaben mehr übernommen werden.

Herr Dittrich hält es für wichtig, zwei Personen unterschiedlichen Geschlechtes mit der Schulsozialarbeit zu beauftragen.

Auf Nachfrage von Herrn Tauber, ob die Schulleitungen nicht evtl. doch zur Kapitalisierung von Lehrerstellen für die Schulsozialarbeit bereit wären, führt Herr Messing aus, dass diese Fragestellung im Vorhinein ausgiebig mehrmals mit den Schulleitungen diskutiert worden sei. Aus jetziger Sicht sei das für die Realschule überhaupt nicht denkbar und Frau Gaußelmann habe bereits in der Schulausschusssitzung deutlich gemacht, dass durch das Auslaufen der Hauptschule die Kapitalisierungsmöglichkeiten abnehme.

Frau Dirks stellt den weitergehenden Antrag des Herrn Dittrich, für die Schulsozialarbeit 1,5 Stellen einzurichten, zur Abstimmung.
Der Antrag wird mit 12 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen abgelehnt.

Dann lässt Frau Dirks über den Beschlussvorschlag des Schul- und Sportausschusses getrennt abstimmen.

Beschluss:
Das Rahmenkonzept für die Einrichtung der Fachstelle Schulsozialarbeit Billerbeck wird zur Kenntnis genommen und insofern angepasst, dass zum Schuljahr 2011/12 nur 1,0 Stelle eingerichtet wird. Eine weitere Aufstockung auf 1,5 Stellen soll in Abhängigkeit der Haushaltssituation zum Ende des Jahres 2011 noch einmal überprüft werden.

Stimmabgabe: 24 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen

Es soll ein Kooperationsvertrag zwischen der Stadt Billerbeck und dem

Verein Kinder-, Jugend-, Familienhilfe Billerbeck e.V. über die Einrichtung der Fachstelle Schulsozialarbeit Billerbeck erarbeitet werden.

Stimmabgabe: 19 Ja-Stimmen, 7 Enthaltungen

3. Bestimmung der vom Schulträger zu entsendenden Mitglieder für die Schulkonferenzen

Herr Fehmer führt aus, dass der Schulausschuss eine von d'Hondt abweichende Besetzung vorgeschlagen habe. Die CDU-Fraktion begrüße es sehr, dass u. a. Frau Rawe in die Schulkonferenz entsandt werde und stelle dafür gerne den der CDU zustehenden Sitz zur Verfügung.

Beschluss:

1. Um nicht in jedem Besetzungsverfahren eine Einzelfallentscheidung herbeizuführen, wird grundsätzlich die Bürgermeisterin bzw. bei ihrer Verhinderung der Leiter des zuständigen Fachbereiches (FB 10) als stimmberechtigtes Mitglied in die Schulkonferenz entsandt.

2. Der Schul- und Sportausschuss schlägt aus seiner Mitte folgende Personen vor, die grundsätzlich mit beratender Stimme in die jeweilige Schulkonferenz entsandt werden:

Mitglied	Stellvertreter
Frau Ursula Kratz	Herr Bernd Kösters
Herr Hans-Jürgen Dittrich	Frau Margarete Köhler
Frau Maggie Rawe	Herr Hans-Günther Wilkens

3. Damit auch die Mitglieder des Ausschusses die Möglichkeit haben, neue Schulleiterinnen bzw. Schulleiter kennen zu lernen, sollen sich die gewählten Leiterinnen bzw. Leiter in einer zeitnahen Sitzung nach ihrer Wahl persönlich vorstellen

Stimmabgabe: 25 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen

4. 37. Änderung des Flächennutzungsplanes "Sondergebiet Wendelskamp" sowie 3. Änderung des Bebauungsplanes "Wendelskamp"
hier: Ergebnis der Offenlage und Satzungsbeschluss

Der Rat folgt dem Beschlussvorschlag des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses und fasst folgenden

Beschluss:

1. Die 37. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Billerbeck „Sondergebiet Wendelskamp“ nebst Begründung mit den Anhängen (Verträglichkeitsanalyse und Umweltbericht) wird beschlossen.
2. Die Genehmigung nach § 6 Abs. 1 BauGB ist bei der höheren Verwaltungsbehörde einzuholen.
3. Die Erteilung der Genehmigung ist gemäß § 6 Abs. 5 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

4. Gemäß § 8 Abs. 3 BauGB wurde die 3. Änderung des Bebauungsplanes ”Wendelskamp” parallel mit der Flächennutzungsplanänderung aufgestellt. Nach Genehmigung dieser 37. Änderung des Flächennutzungsplanes wird der Bebauungsplan aus ihm entwickelt sein.
5. Der Rat der Stadt Billerbeck beschließt aufgrund des § 10 Abs. 1 BauGB sowie der §§ 7 und 41 GO NRW die 3. Änderung des Bebauungsplanes „Wendelskamp” als Satzung. Diese besteht aus der Planzeichnung sowie der Begründung mit den Anhängen (Verträglichkeitsanalyse und Vorprüfung des Einzelfalls).
6. Gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ist nach Inkrafttreten der Flächennutzungsplanänderung ortsüblich bekannt zu machen, dass die 3. Änderung des Bebauungsplanes „Wendelskamp” beschlossen worden ist.

Rechtsgrundlagen sind:
- Das Baugesetzbuch (BauGB) in der Neufassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414) in der zur Zeit geltenden Fassung
- Die Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666/SGV NRW 2023) in der zur Zeit geltenden Fassung
- Die Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) vom 1. März 2000 (GV NRW S. 256/SGV NRW 232) in der zurzeit geltenden Fassung

Stimmabgabe: einstimmig

5. Anregung zur Änderung des Bebauungsplanes "Oberlau II"
hier: Ermöglichung einer Terrassenüberdachung

Der Rat folgt dem Beschlussvorschlag des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses und fasst folgenden

Beschluss:
Die Verwaltung wird beauftragt die 1. Änderung des Bebauungsplanes „Oberlau II“ entsprechend der Ausführungen vorzubereiten.

Stimmabgabe: einstimmig

6. Nachverdichtung der Siedlungsbereiche mit Mehrfamilienhäusern

Der Tagesordnungspunkt wird wie im Stadtentwicklungs- und Bauausschusses auch, von der Tagesordnung abgesetzt.

7. Aufstellung des Bebauungsplanes "Bernhardstraße/Grüner Weg"
hier: Zurückstellung eines Bauantrages zur Errichtung eines Wohnhauses mit vier Wohneinheiten an der Bernhardstraße und Durchführung einer frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB

Frau Dirks weist darauf hin, dass der Stadtentwicklungs- und Bauausschuss den Beschlussvorschlag der Verwaltung abgelehnt habe. Der Ausschuss habe eine Bürgerbeteiligung für überflüssig gehalten. Daraus würde sich ergeben, dass das Bauvorhaben genehmigt würde.

Herr Flüchter ergänzt, dass das Abstimmungsergebnis nicht einheitlich gewesen sei. Er sei für den Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Herr Kortmann bezweifelt, dass eine starke Verdichtung sinnvoll wäre. Es spreche aber doch nichts dagegen, zumindest die direkten Anlieger zu beteiligen.

Herr Maas führt aus, dass das Vorhaben nicht in die vorhandene Bebauung passe. Die Bürger sollten sich dort einigen, was in ihrem Umfeld gewollt ist. Er sehe die Verdichtung im Stadtgebiet als notwendig an, wobei die Bernhardstraße jedoch für ihn nicht mehr zum Stadtgebiet gehöre. Er spreche sich für den Verwaltungsvorschlag aus.

Herr Brockamp unterstreicht, dass der geplante Bau genehmigungsfähig ist und deshalb auch genehmigt werden sollte. Man könne nicht für jede Straße einen Bebauungsplan aufstellen. Auch könne er sich nicht vorstellen, dass die Nachbarn über das Vorhaben nicht informiert sind.

Herr Mollenhauer erläutert, dass in solchen Fällen das Aufstellen eines Bebauungsplanes nicht ungewöhnlich sei und bereits mehrfach praktiziert wurde.

Herr Spengler weist darauf hin, dass ausführlich über alle Argumente diskutiert worden sei und mehrheitlich die Auffassung vertreten werde, dem Verwaltungsvorschlag nicht zu folgen. Deshalb stelle er den Antrag auf Abstimmung.

Frau Dirks erläutert zur Klarstellung noch einmal, dass der Stadtentwicklungs- und Bauausschuss dem Verwaltungsvorschlag nicht gefolgt sei, also kein Bebauungsplan aufgestellt und keine Bürgerbeteiligung durchgeführt werden soll. Das Einvernehmen über das Bauvorhaben solle ohne Bebauungsplanverfahren erteilt werden. Sie lässt über diesen Vorschlag abstimmen.
Der Rat fasst folgenden

Beschluss:
Es wird kein Bebauungsplan „Grüner Weg/Bernhardstraße“ beschlossen und auch keine frühzeitige Bürgerbeteiligung durchgeführt. Das Einvernehmen zu dem beantragten Bauvorhaben wird erteilt.

Stimmabgabe: 18 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen

8. Anregung gem. § 24 GO NW der Partei SG NRW vom 04. Januar 2011 hier: Standtortwechsel der "Offenen Ganztagsgrundschule" (OGS) zur zukünftigen Gemeinschaftsschule

Herr Geuking erläutert und begründet die Anregung.

Herr Dübbelde führt aus, dass er der Anregung im Hinblick auf die knappen Finanzmittel und der nicht vorhandenen räumlichen Ressourcen im

Schulzentrum nicht folgen könne. Er wolle auch keine Vermarktung der Grundschulgebäude. Außerdem wolle er der Verwaltung nicht aufbürden im Sinne der Anregung tätig zu werden, die Anregung sollte abgelehnt werden.

Frau Dirks weist darauf hin, dass die OGS nicht vom Grundschulstandort getrennt werden sollte.

Herr Fehmer führt aus, dass der Standort Johannisschule wohl auch auf Dauer erhalten bleibe. Es mache keinen Sinn, die OGS aus dem Gebäude der Grundschule auszulagern.

Frau Rawe macht deutlich, dass OGS nicht nur die Betreuung ab 11:30 Uhr bedeute, sondern mit OGS sei die komplette Grundschule gemeint. Insofern wisse sie gar nicht, was Herr Geuking meine.

Herr Geuking erläutert, dass er die gesamte Grundschule meine. Er wolle wissen, wie hoch die Betriebskosten für die 4 Gebäude seien. Wenn verlässliche Zahlen vorliegen, könne man sehen, wohin angesichts der sinkenden Schülerzahlen der Weg gehen könne.

Herr Messing weist darauf hin, dass eine Verlagerung der OGS geschweige denn der Grundschule zum Schulzentrum überhaupt nicht möglich sei, da die Schule im Ganztag geführt wird und alle Räume belegt seien.

Herr Dr. Meyring stellt fest, dass offensichtlich etwas anderes gemeint ist als in der Anregung geschrieben stehe. Also müsste ggf. eine neue Anregung formuliert werden.

Herr Maas führt aus, dass der Schulträger aufgrund demnächst schwindender Schülerzahlen sowieso das Raumkonzept überplanen müsse. Das stehe aber in den nächsten 5 Jahren zunächst noch nicht an. Die OGS zu verlagern sei ein Unding. Die Schüler müssten heute schon vom Ludgeri- zum Johannisschulgebäude wechseln.

Frau Dirks weist darauf hin, dass evtl. eine Zweckbindung bestehe und ggf. Fördermittel zurückgezahlt werden müssen.

Frau Rawe betont noch einmal, dass die Schule komplett offene Ganztagsgrundschule ist und OGS nicht nur die Betreuung ab 11:30 Uhr bedeute. Insofern sei es schon richtig, dass Herr Geuking möchte, dass die ganze Schule verlagert wird. Das sei aber nicht möglich, das komplette Angebot müsse an einem Standort vorgehalten werden. Wenn langfristig weniger Schüler da seien, werde sicher der Standort Johannisschule bestehen bleiben. Im Zusammenhang mit der regelmäßigen Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes werde man sehen, was mit der Ludgerischule wird.

Herr Tauber bezeichnet das Ganze als Phantomdiskussion, weil sowohl das was in der SG-Anregung geschrieben steht und auch das was ge-

meint ist Nonsens ist. Er gehe davon aus, dass der offene Ganztag demnächst zum gebundenen Ganztag wird.

Herr Brockamp stellt den Antrag auf Abstimmung.

Bevor Frau Dirks über den Antrag von Herrn Brockamp auf Abstimmung abstimmen lässt, teilt sie mit, dass Herr Schlieker und Herr Geuking noch auf der Rednerliste stehen. Auf Befragen von Frau Dirks ergibt sich keine Für- oder Gegenrede zum Antrag auf Abstimmung.

Daraufhin lässt Frau Dirks über den Antrag auf Abstimmung abstimmen. Dem Antrag wird mit **26 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme gefolgt.**

Herr Geuking weist darauf hin, dass die vor dem Antrag auf Abstimmung bestehende Rednerliste abgearbeitet werden müsse.

Unter Hinweis auf die Geschäftsordnung erläutert Frau Dirks, dass nur eine Für- bzw. Gegenrede zum Antrag auf Abstimmung zulässig ist und stellt die Anregung der SG NRW zur Abstimmung.
Die Anregung wird mit 1 Ja-Stimme und 26 Nein-Stimmen abgelehnt.

Herr Geuking bittet darum, in die Niederschrift aufzunehmen, dass Herr Schlieker und er noch auf der Rednerliste gestanden hätten, die Bürgermeisterin ihnen aber aufgrund des Antrages von Herrn Brockamp kein Rederecht erteilt habe.

9. Antrag der SPD Fraktion vom 14. Februar 2011
hier: Kinderspielplätze und Kinderfreundlichkeit der Stadt Billerbeck
Herr Tauber begründet und erläutert den Antrag.

Frau Mollenhauer ist überrascht, dass die SPD-Fraktion sich mit der von der Bürgermeisterin vorgeschlagenen Vorgehensweise nicht einverstanden erklärt. Die Bürgermeisterin habe doch lediglich im Rahmen der Haushaltsplanberatungen angeregt, über die Aufgabe von Spielplätzen nachzudenken. Wer die Zuständigkeitsordnung kenne, wisse, dass über Spielplätze im Jugend-, Familien-, Senioren- und Kulturausschuss beraten wird und dass der Ausschuss durch die regelmäßigen Spielplatzbereisungen sehr gut vorbereitet ist. Der Antrag müsse also nicht verwiesen werden, weil über die Spielplätze sowieso im Jugend-, Familien-, Senioren- und Kulturausschuss und über Grundstücksangelegenheiten im HFA beraten wird.

Herr Becks macht deutlich, dass eine Bürgerbeteiligung dringend geboten sei.

Herr Fehmer verweist auf die HFA-Sitzung am 15. Februar 2011, in der klar gesagt worden sei, wie mit der Thematik umgegangen werde. Der SPD-Antrag datiere vom 14. Februar 2011, so dass er von einer terminli-

chen Überschneidung ausgehe. Alles, was von der SPD-Fraktion gefordert werde, sei selbstverständlich und längst auf den Weg gebracht worden, deshalb könne er nicht zustimmen.

Herr Schlieker spricht sich dafür aus, losgelöst von Fraktionsbefindlichkeiten, den Antrag in den Ausschuss zu verweisen.

Beschluss:
Der Antrag der SPD-Fraktion vom 14. Februar 2011 wird an den zuständigen Fachausschuss verwiesen.

Stimmabgabe: 13 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 12 Enthaltungen

10. Mitteilungen

10.1. Erneuter Antrag auf Errichtung eines Zebrastreifens/Querungshilfe im Bereich der LAWI - Herr Messing

Herr Messing berichtet, dass nachdem die Eltern des Ludgerus-Kindergartens erneut einen Antrag eingereicht haben, sich die Stadt noch einmal mit allen zuständigen Behörden zusammengesetzt und die Thematik aufgearbeitet habe.
Nach eingehender Prüfung seien alle erneut zu dem Ergebnis gelangt, dass eine Querungshilfe in Höhe der LAWI rechtlich und baulich nicht vertretbar sei, zumal in zumutbarer Entfernung eine Fußgängerampel eine sichere Querung ermögliche.
Zurzeit würden 5 Kinder aus den Bereichen Ludgeristraße, Ludger-Hölker-Straße, Hilgenesch pp. fußläufig zum Kindergarten gebracht, diese müssten die Darfelder Straße queren. Die restlichen Eltern kämen aus dem Außenbereich und brächten ihre Kinder mit dem Auto oder erreichten den Kindergarten über den rechtsseitigen Gehweg, ohne die Straße queren zu müssen bzw. könnten die Fußgängerampel ohne Umweg nutzen.
Am 21.02.2011 seien in einem gemeinsamen Termin vor Ort mit allen beteiligten Behörden, der Kindergartenleitung und Vertretern der Eltern die Gründe für die Ablehnung erläutert worden. Die anwesenden Eltern und die Kindergartenleitung hätten die vorgebrachten Gründe nachvollziehen können und hätten sich für die sorgfältigen Recherchen aller Beteiligten bedankt.

10.2. Liquidation einer Gesellschaft der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises Coesfeld

Herr Melzner teilt mit, dass die „Gründungsforum Kreis und Stadt Coesfeld GmbH“ aufgelöst worden sei. An der Gesellschaft sei die Stadt Billerbeck mittelbar über die Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Coesfeld mbH (wfc GmbH) beteiligt.
Die Bezirksregierung habe darum gebeten, den Rat über die Liquidation

zu unterrichten, was hiermit geschehe. Ein entsprechender Auszug aus der Niederschrift werde der Bezirksregierung übersandt.

Zur Erläuterung wird auf das als **Anlage 1** dieser Niederschrift beigefügte Schreiben der Bezirksregierung Münster verwiesen.

10.3. Änderung des Sitzungskalenders - Herr Messing

Herr Messing teilt mit, dass in Absprache mit dem Vorsitzenden die Sitzung des Betriebsausschusses vom 24.03.2011 auf den 29.03.2011 verlegt werde.
Zur Vorbereitung des nächsten Sitzungskalenders bitte er die Fraktionsvorsitzenden und die Ausschussvorsitzenden um Mitteilung, an welchen Terminen sie verhindert sind.

11. Anfragen

11.1. Fällen von Bäumen am Hesselmann-Parkplatz - Herr Tauber

Herr Tauber erinnert an seine Nachfrage in der letzten Ratssitzung Mitte Dezember zu den gefällten Bäumen im Bereich des Hesselmann-Parkplatzes.
Herr Mollenhauer teilt mit, dass die Bäume krank gewesen seien und deshalb beseitigt werden mussten.

11.2. Überprüfen der Geschäftsordnung hinsichtlich Fraktionsanträge - Herr Tauber

Herr Tauber erinnert unter Hinweis auf einen SPD-Antrag an die Überprüfung der Fristen bzgl. des Eingangs von Fraktionsanträgen, damit sie auf der Tagesordnung der Ratssitzung berücksichtigt werden.
Herr Messing teilt mit, dass die Überprüfung noch nicht abgeschlossen sei. Fraktionsanträge müssten lt. Geschäftsordnung bis spätestens 10 Tage vor dem Sitzungstag bei der Verwaltung eingereicht werden. Die Kommunalaufsicht habe signalisiert, dass es besser wäre, die Fristen großzügig zu wahren.

Herr Tauber bittet um abschließende Beantwortung.

11.3. Preisabsprachen bei der Beschaffung neuer Feuerwehrfahrzeuge - Herr Tauber

Herr Tauber erkundigt sich, ob auch die Stadt Billerbeck von Absprachen bei der Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen betroffen ist.

Frau Dirks teilt mit, dass die Überprüfung derzeit stattfinde.

11.4. Streupflicht Oberlau-Brücke - Herr Fehmer

Herr Fehmer berichtet, dass es einen Unfall auf der Oberlau-Brücke gegeben habe. Der verunfallten Passantin soll von einem Mitarbeiter der Verwaltung mitgeteilt worden sein, dass die Brücke nicht in die Streupflicht der Stadt Billerbeck falle. Bisher sei er jedoch davon ausgegangen, dass die Brücke sogar ganz oben auf der Prioritätenliste für das Streuen stehe.

Frau Dirks und Herr Mollenhauer bestätigen, dass die Brücke im Streuplan der Stadt Billerbeck enthalten ist und bitten um Mitteilung, wer diese Aussage getätigt haben soll.

11.5. Fällen von Holz auf städt. Grundstücken - Herr Dr. Meyring

Herr Dr. Meyring erkundigt sich, warum das städt. Holz zwischen einem Grundstück im Wohngebiet Oberlau I und dem Niesingweg und auf dem von Nachbarn gepflegten Grundstück am Windmühlenweg beseitigt worden sei. Er bitte um Informationen, weil sich der Ausschuss mit dem „Wäldchen“ am Windmühlenweg schon einmal beschäftigt habe.

Herr Mollenhauer sagt Beantwortung zu.

11.6. Busverbindung Münster - Coesfeld - Herr Spengler

Herr Spengler erkundigt sich, ob abends zwischen Münster und Coesfeld keine Busverbindung mehr bestehe.
Herr Messing teilt mit, dass die Busse auf der früheren Linie 563 heute nur noch bis Havixbeck führen. Spät abends gebe es keine Busverbindung mehr.

Herr Spengler regt an, die in Gerleve neu errichteten Wartehäuschen umzusetzen, weil sie dort nicht mehr benötigt werden.

Frau Dirks sagt mit dem Hinweis auf eine evtl. Zweckbindung Überprüfung zu.

11.7. Gefällter Baum auf dem Hauptschulgelände - Frau Bosse-Berger/Herr Knüwer

Frau Bosse-Berger führt an, dass auf dem Hauptschulgelände wohl ein Baum gefällt werden musste und bisher noch kein Ersatz gepflanzt worden sei. Sie frage nach, weil die SPD-Fraktion einen Baum spenden wolle.

Herr Mollenhauer berichtet, dass mehrere Bäume entfernt werden mussten. Geplant sei, den Baum, den die Stadt aufgrund der beim Wettbewerb „Unsere Stadt blüht auf“ erzielten Goldmedaille geschenkt bekomme, auf dem Hauptschulgelände zu pflanzen.

Herr Knüwer merkt an, dass die Anlieger des Napoleonweges gerne die Allee fortführen wollen und schlägt Frau Bosse-Berger vor, diesbezüglich Kontakt mit Herrn Heuermann aufzunehmen.

11.8. Fehlende Fußgängerführung im Bereich des Kreisels Darfelder Straße - Herr Becks

Herr Becks moniert noch einmal die völlig unbefriedigende Fußgängerführung im Bereich des Kreisverkehrs Darfelder Straße. In der einen Richtung sei zwar in einiger Entfernung eine Fußgängerampel vorhanden, in der anderen Richtung fehle aber eine Führung völlig. Auch für die vom Bahnhof kommenden Fußgänger fehle eine Führung.

Herr Mollenhauer führt aus, dass im Bereich der Industriestraße eine Führung über die Querungshilfe erfolgt. Die anderen Bereiche seien aufgrund des fehlenden Platzes nicht lösbar. Das sei bereits mehrmals insbesondere im Rahmen der Erörterung der damaligen Planung hier vorgestellt worden.

Herr Becks entgegnet, dass man sich damit nicht zufrieden geben könne. Gerade zum Aldi gebe es doch regen Fußgängerverkehr.

Frau Dirks weist darauf hin, dass hierüber mehrfach mit den Fachbehörden diskutiert worden sei und nicht immer alles geregelt werden könne. In diesem Fall fehlten die baulichen Voraussetzungen. Mehr könne man hier nicht tun.

Herr Dittrich merkt an, dass die jetzige Situation absehbar gewesen sei. Deshalb habe die SPD-Fraktion damals einen großen Kreisel gefordert, der aber leider abgelehnt wurde.

Herr Mollenhauer macht deutlich, dass für die Anlegung eines großen Kreisels ein Eingriff in das ehem. Conze & Colsmann-Gelände erforderlich gewesen wäre, weil woanders kein Platz vorhanden war. Dann hätten die PKW aber in Richtung Darfeld geradeaus ohne Reduzierung der Geschwindigkeit durch den Kreisverkehr fahren können.

11.9. Aufstellung über noch nicht erledigte Anfragen - Herr Brockamp

Herr Brockamp erinnert an die verwaltungsseitig zugesagte regelmäßige Aufstellung noch nicht erledigter Anfragen.

Frau Dirks räumt ein, im Rückstand zu sein.

11.10. Herstellung von Wirtschaftswegen im Bereich Thiemann - Herr Schulze Temming

Herr Schulze Temming erinnert an die Nachfrage von Frau Rawe, ob bzgl. der Herstellung der Wirtschaftswege im Bereich Thiemann Gewährleistungsansprüche geltend gemacht werden können.

Herr Mollenhauer teilt mit, dass die Gewährleistungsfrist im letzten Jahr ausgelaufen sei. Bei einer Besichtigung der Wege seien aber keine großen Schäden aufgefallen.

Frau Rawe sagt zu, einem Mitarbeiter der Verwaltung die Schäden zu zeigen.

Herr Schulze Temming ergänzt, dass ein Weg in Langenhorst auch bröselig sei und ausgebessert werden müsse.

11.11. Terminierung für das Zusammentreffen der Jury zur Verleihung des Klimaschutzpreises RWE - Herr Dr. Meyring

Herr Dr. Meyring moniert die Terminierung für die Zusammenkunft der Jury am 23.03.2011, 17:00 Uhr und führt an, dass lt. Beschluss die Jury im Anschluss einer Umwelt- und Denkmalausschusssitzung zusammen kommen soll. Dieser Beschluss sei auch durch den Antrag der SPD-Fraktion nicht geändert worden.

Frau Dirks erläutert, dass im jetzigen Sitzungskalender keine Umwelt- und Denkmalausschusssitzung mehr terminiert sei und deshalb der o. a. Termin festgesetzt worden sei.

Herr Dr. Meyring wirft ein, dass der Termin aber zumindest vorab mit dem Ausschussvorsitzenden oder seinem Stellvertreter abgestimmt werden sollte. Das sei nicht der Fall gewesen.

Frau Dirks entgegnet, dass es sich nicht um eine Sitzung handele, sondern um das Zusammentreffen der Jury.

Herr Dr. Meyring macht deutlich, dass geltende Beschlüsse eingehalten werden müssten.

12. Einwohnerfragestunde gemäß § 18 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Billerbeck

Keine

Marion Dirks Bürgermeisterin	Birgit Freickmann Schriftführerin